

Der Vollzugsdienst

2/2015 – 62. Jahrgang

Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands

Schäbigkeitswettbewerb der Beamtengehälter im Strafvollzug muss ein Ende haben

Kommentar von Anton Bachl,
BSBD-Bundesvorsitzender

Seite 1

BSBD Berlin: Das Justizvollzugspersonal fühlt sich alleingelassen

Gewalt hört hinter
Gefängnismauern nicht auf

Seite 17

Einkommensrunde 2015: Nach zähen Verhandlungen Einigung erzielt

Übertragung auf Besoldung und
Versorgung unverzichtbar

Seite 47

Mehrere Tausend Demonstranten, unter ihnen Hunderte Bedienstete aus dem NRW-Strafvollzug, bewegten sich durch die Düsseldorfer Altstadt



Fachteil: Krankenversicherungsrecht der Rentner



Baden-Württemberg



Mecklenburg-Vorpommern



Sachsen-Anhalt

INHALT

BUNDESVORSTAND

- 1 Der Schöbigekeitswettbewerb muss ein Ende haben
- 1 Tarifabschluss auf Landes- und Kommunalbeamte übertragen
- 2 Überflüssig und verfassungswidrig
- 4 Europarat verkennt Beamtenrecht
- 4 Datenschutz wird immer wichtiger


LANDESVERBÄNDE

- 5 Baden-Württemberg
- 17 Berlin
- 22 Brandenburg
- 24 Bremen
- 27 Hamburg
- 30 Hessen
- 37 Mecklenburg-Vorpommern
- 43 Niedersachsen
- 47 Nordrhein-Westfalen
- 61 Rheinland-Pfalz
- 66 Saarland
- 68 Sachsen
- 73 Sachsen-Anhalt
- 74 Schleswig-Holstein
- 77 Thüringen

FACHTEIL

- 83 Krankenversicherungsrecht der Rentner:
Als Pflichtmitglieder unerwünscht



Mitglied im  dbb beamtenbund und tarifunion

 Europäische Union der Unabhängigen Gewerkschaften (CESI)

Bundesvorsitzender	Anton Bachl	bachl@bsbd.de www.bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzende	Petra Gerken-Wolf	bsbd-frauen@bsbd.de tarif@bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzender	Wolfgang Jänicke	wolfjnicke@aol.com
Stellv. Bundesvorsitzender	Friedhelm Sanker	fsanker@t-online.de
Stellv. Bundesvorsitzender	Franz-Josef Schäfer	eu@bsbd.de
Schriftleitung	Burghard Neumann	vollzugsdienst@t-online.de
Landesverbände	Vorsitzende	
Baden-Württemberg	Alexander Schmid	Alex.Bodman@web.de www.bsbd-bawue.de
Bayern	Ralf Simon	post@jvb-bayern.de www.jvb-bayern.de
Berlin	Thomas Goiny	thomas.goiny@berlin.de www.bsbd-berlin.de
Brandenburg	Rainer Krone	bsbdbbrb@t-online.de www.bsbd-brb.de
Bremen	Werner Fincke	werner.fincke@JVA.BREMEN.de
Hamburg	Thomas Wittenburg	thomas.wittenburg@lvhs-hamburg.de www.lvhs-hamburg.de
Hessen	Birgit Kannegießer	vorsitzende@bsbd-hessen.de www.bsbd-hessen.de
Mecklenburg-Vorpommern	Helmut Halwachs	Helmut.Halwachs@jm.mv-regierung.de www.bsbd-mv.de
Niedersachsen	Uwe Oelkers	uwe.oelkers@vnsb.de www.vnsb.de
Nordrhein-Westfalen	Peter Brock	bsbd-p.brock@t-online.de www.bsbd-nrw.de
Rheinland-Pfalz	Winfried Conrad	bsbd.winfried.conrad@t-online.de www.bsbd-rlp.de
Saarland	Markus Wollscheid	M.Wollscheid@justiz.saarland.de
Sachsen	René Selle	rene.selle@bsbd-sachsen.de www.bsbd-sachsen.de
Sachsen-Anhalt	Uwe Bülau	uwe.buelau@bsbd-lsa.de www.bsbd-lsa.de
Schleswig-Holstein	Michael Hinrichsen	hinrichsen@bsbd-sh.de www.bsbdsh.de
Thüringen	Jörg Bursian	post@bsbd-thueringen.de www.bsbd-thueringen.de

Redaktionsschluss

für die Ausgabe 3/2015:



15. Mai 2015

Erste Interessenten für Liste zur Hauptpersonalratswahl 2016

Landesleitungssitzung und Sitzung des Hauptvorstandes in der JVA Torgau

Die Landesleitungssitzung des BSBD-Sachsen fand am 19. März 2015 in der JVA Torgau statt. Neben den Ausführungen des Landesvorsitzenden René Selle zu den zentralen Gewerkschaftsveranstaltungen des Sächsischen Beamtenbundes und des Bundes der Strafvollzugsbediensteten, an denen er teilnehmen konnte, war die derzeitige Einkommensrunde ein zentrales Thema.

Unser Vorgehen zur Hauptpersonalratswahl und den Wahlen der örtlichen Personalräte konnten wir abstimmen und die Sitzung des Hauptvorstandes am 20. März 2015 vorbereiten. Die Unterstützung der Ortsverbände sieht auch vor, dass jedes Mitglied der Landesleitung zwei Anstalten unter anderem bei der Einladung von Abgeordneten und den Gesprächen betreuen wird.

Wir hatten die Gelegenheit, mit dem stellvertretendem Anstaltsleiter, Herrn **Anselmi**, und dem derzeit zur JVA Torgau prozentual abgeordneten Anstaltsleiter der JVA Zeithain, Herrn **Dr. Galli**, zu sprechen. Dass die nicht besetzte Stelle des Anstaltsleiters nicht nur für sie selbst, sondern für alle Bediensteten der JVA Torgau unbefriedigend und verunsichernd ist, verstehen unsere beiden Gesprächspartner. Auch die über ca. fünf Monate dauernde „Befüllung“ der JVA Bautzen mit Gefangenen aus Torgau stand im Raum, beinhaltet sie doch, dass Bedienstete versetzt oder abgeordnet werden müssen. Der Leerzug des A-Flügels, ca. 160 Gefangene, soll voraussichtlich ab Juli 2015 beginnen.

Die insgesamt angespannte Personalsituation, hier wie in ganz Sachsen, beinhaltet den Stationsdienst von Abteilungsleitern genauso wie unterbesetzte Stationen, eingeschränkten Aufschluss und den hohen Altersdurchschnitt. Neben der schwierigen Situation in der An-

stalt lobte Herr **Anselmi** die Zusammenarbeit mit dem örtlichen Personalrat und die Dienstbereitschaft der Kolleginnen und Kollegen. Die von uns in jeder Anstalt angesprochene Möglichkeit für den Internetzugang für alle Bediensteten wurde insoweit bestätigt, dass jeder diesen beantragen kann.

Ins Detail konnten wir am 20. März 2015 gehen, als die Ortsvorsitzenden, die Tarifbeauftragte, die Frauenbeauftragte und der Beauftragte für Seniorenangelegenheiten anwesend waren. Erste (und

auf die Werbung von Dienstanfängern, soll ausgebaut werden. Die Finanzsituation des Landesverbandes ist stabil. In Rechtsschutzangelegenheiten war es eher ruhig, wenn man an die vergangenen und noch bevorstehenden Versetzungen und der Inanspruchnahme-Möglichkeit des Rechtsschutzes denkt. Die Beauftragte für Tarifangelegenheiten, **Claudia Schilling**, nahm ausführlich zu den stattfindenden Tarifverhandlungen Stellung und **Ingrid Bernhardt**, die Frauenbeauftragte, berichtete von den Sitzungen des



eine beträchtliche Menge) Interessenten für die Liste zur Hauptpersonalratswahl konnten vorgemerkt werden. Wer welchen Listenplatz erhält, soll zur kommenden Hauptvorstandssitzung im November besprochen werden. Das ist auch für die Wahlen zu den örtlichen Personalvertretungen wichtig.

Die Berichte der Stellvertreter mit dem jeweiligen Ressort schlossen sich dem Bericht des Landesvorsitzenden an. Im Mai wird die Veranstaltung für unsere Senioren mit einer Dampferfahrt auf der Elbe stattfinden und die Präsenz zum Tag der Sachsen, vor allem im Hinblick

Hauptvorstandes des Deutschen Beamtenbundes und der Jahreshauptversammlung der **dbb**-Frauenvertretung. Unser Seniorenbeauftragter **Rolf Müller** konnte noch Ausführungen zur Vorstandssitzung der Seniorenvertretung machen, wo **Friederike Haas** von der „Seniorenunion“ (CDU) eine Gastrednerin war.

Jeder anwesende Ortsverbandsvorsitzende hatte wie gewohnt am Ende die Möglichkeit, über spezifische Probleme in seiner Anstalt zu berichten. Für alle kann und muss als größtes Problem der Mangel und die Umverteilung des Personals genannt werden. *Silke Völker-Eckert*



Fotos (3): BSBD Sachsen

Personalabbau:

Bereich der Justiz ist am stärksten negativ betroffen

Landtagsabgeordneter Rico Anton (CDU) in der JVA Chemnitz

Um die allgemeine Personalsituation anzusprechen und auf die Probleme in der Ausgestaltung aufmerksam zu machen, lud die stellvertretende Landesvorsitzende (Öffentlichkeitsarbeit) des BSBD-Sachsen, Silke Völker-Eckert, am 18. März 2015 einen Abgeordneten des Sächsischen Landtages in die Justizvollzugsanstalt Chemnitz ein.

Im Dienstzimmer der Leiterin des Funktionsdienstes konnte in lockerer Atmosphäre mit MdL Rico Anton (CDU) unter anderem der Widerspruch zwischen unserem Arbeitsauftrag und der dafür benötigten Personalausstattung dargestellt werden. Herr Anton ist Mitglied im Verfassungs- und Rechtsausschuss und im Innenausschuss, damit auch für innenpolitische Aufgaben zuständig. Gabriela Mühlisch, Vorsitzende des Chemnitzer Ortsverbandes, versuchte stetig am Gespräch teilzunehmen, musste aber aufgrund der unterbesetzten Stationen immer wieder ins Hafthaus; damit war sie sozusagen das beste Beispiel für

die angespannte Situation. Rico Anton gestand im Gespräch ein, dass in den vergangenen Haushaltsverhandlungen der Bereich Justiz am stärksten negativ betroffen war. Eine schnelle Chance zur Änderung haben wir dennoch nicht, da unsere Forderung nach sofortigem **STOP DES PERSONALABBAUS** erst in den nächsten Haushaltsverhandlungen für 2017/2018 berücksichtigt werden kann. Das Problem habe er erkannt und nimmt es mit.

Das immer schwieriger werdende Klientel und die Überbelegung in einigen sächsischen Anstalten, auch im zentralen Frauenvollzug Chemnitz, sind Aspekte, die wir weniger beeinflussen können. Aber dass die Bediensteten in Sachsen nun verteilt werden, um irgendwo Löcher zu stopfen um sie in den abgebenden Anstalten noch mehr aufzureißen, kann und muss verhindert werden. Bauliche Gege-



MdL Rico Anton (CDU).
Foto: Rico Anton.de

benheiten, spezifische Vollzugsformen, durch Zentralisierung entstandene weite Vorführwege und auch die Zuversetzung von weiblichen Bediensteten, die Familie und Beruf unter einen Hut bringen müssen, sind und waren absehbare Zustände, die nun kompensiert werden müssen. Auch die Einbeziehung von Altersteilzeit und Teilzeit nutzenden Bediensteten als volle vorhandene Stelle kann so nicht

mehr gehalten werden. Dies hofft MdL Anton auch mit dem Einrichten einer Kommission des Landtages zu untersuchen und aufklären zu können. Diese nimmt in den nächsten Wochen ihre Arbeit auf und besucht nicht nur die Justizvollzugsanstalten, sondern alle Behörden in Sachsen.

Für weitere Gespräche ist Rico Anton gern bereit und wir werden auch in Zukunft den Kontakt zu den Abgeordneten suchen!
Silke Völker-Eckert

Neues Laufbahnrecht und die Auswirkungen

Der BSBD fordert Besoldungsgerechtigkeit auch für den gehobenen Dienst

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit ist ein Kernpunkt der Forderungen des BSBD. Bisher gab es aber hier erhebliche Unterschiede. Ganz konkret zeigte sich dies in der Besoldung der Vollzugsabteilungsleiter im Justizvollzug.

Die bewährte Praxis Vollzugspraktiker im Wege des Führungskräftelehrgangs zu befähigen und als Vollzugsabteilungsleiter einzusetzen soll hier nicht in Frage gestellt werden, aber bisher war es durchaus möglich, das drei Laufbahngruppen bei gleicher Arbeit und Funktion erhebliche Besoldungsunterschiede zu verzeichnen hatten.

Ein erster Schritt ist daher folgerichtig der vorgesehene Aufstieg der Kollegen aus dem allgemeinen Justizvollzugsdienst in den gehobenen Dienst mit der Aussicht auf ein Amt nach der Besoldungsgruppe A 11.

Man muss aber in diesem Zusammenhang auch die Entwicklung im gehobenen Justiz- und Verwaltungsdienst betrachten. Hier gibt es noch immer

Kollegen und Kolleginnen die nach 20 Jahren im ersten Beförderungsmarkt (A 10) festhängen. Weiterhin sind die Beförderungsmöglichkeiten für die verantwortungsvolle Tätigkeit von Referatsleiterinnen und Referatsleitern der Wirtschafts-, Bau- und Arbeitsverwaltungen eingeschränkt.

Hier ist der Normalfall, wenn nicht wie im vorherigen Fall dargestellt, die Besoldung nach A 11. In diesen Bereichen werden erhebliche Mittel erwirtschaftet oder verwaltet. Diese Kolleginnen und Kollegen haben im Normalfall abgeschlossene Studiengänge an Fachhochschulen und teilweise Hochschulen. Diese Vorleistungen werden in nicht ausreichender Weise gewürdigt. Ebenso darf für hervorgehobene Dienstposten der Aufstieg in die zweite Ebene der Laufbahngruppe 2 kein Tabu sein. Der Aufstieg nach A14 ist durch die neue Gesetzgebung möglich.

Da diese Stellen durch das Sächsische Justizministerium verwaltet werden, haben die Justizvollzugsanstalten nur wenig Einfluss auf die Beförderung ihrer

Mitarbeiter im gehobenen Dienst. Den Behördenleitern bleibt nur die Möglichkeit, sich über die Beurteilung für ihre Mitarbeiter einzusetzen. Das Ergebnis ist ein regelrechter Punktwettkampf, den die offensivste Anstalt gewinnt.

Eine Lösung wäre die Zuweisung der Beförderungsstellen an die Vollzugsanstalten, die dann, auch mit Zustimmung der obersten Dienstbehörde, selbst entscheiden könnten. Noch besser wäre eine Dienstpostenbewertung.

Fazit ist, dass die gegenwärtige Beförderungssituation im gehobenen Dienst mehr als unzureichend ist. Dieses führt bei den betroffenen Kollegen zu immer weiteren Frust und zur Arbeitsunzufriedenheit.

Der BSBD sieht in der Stellenhebung auch für den gehobenen Vollzugsdienst eine dringende Notwendigkeit, um den Fachnachwuchs auch in den nächsten Jahren mit qualifizierten Kräften absichern zu können.

Renato Lüpke
Stellvertretender Landesvorsitzender
des BSBD Sachsen

Stellenabbau im Vollzug gefährdet Sicherheit der Bevölkerung

Sondierungsgespräch beim Sächsischen Staatsminister der Justiz, Sebastian Gemkow

Eine erste Gesprächsrunde des Sächsischen Beamtenbundes mit dem neu ernannten Justizminister der Justiz Sebastian Gemkow fand am 21.01.2015 im Sächsischen Staatsministerium der Justiz statt.

Zum Gedankenaustausch fanden sich neben dem Justizminister **Sebastian Gemkow** der Landesvorsitzende des Sächsischen Beamtenbundes **Gerhard Pöschmann**, der Abteilungsleiter für Personal und Haushalt **Dr. Leon Ross**, der Abteilungsleiter für Justizvollzug **Willi Schmid**, der Referatsleiter für Personalangelegenheiten im Justizvollzug **Rainer Aradei-Odenkirchen**, der Landesvorsitzende des Verbandes der Sächsischen Rechtspfleger **Lars Beyer** und der Landesvorsitzende des Bundes der Strafvollzugsbediensteten Sachsen **René Selle** ein.

Die zukünftige Zusammenarbeit wurde ebenso besprochen, wie die Ausgestaltung des zukünftigen Personalentwicklungskonzeptes und Fachthemen

der Fachgewerkschaften des Verbandes der Sächsischen Rechtspfleger und des Bundes der Strafvollzugsbediensteten Sachsen.

Gerhard Pöschmann eröffnete das Gespräch mit der Erörterung des Entwurfes des derzeitigen Personalentwicklungskonzeptes und machte klar, dass der Sächsische Beamtenbund deutlichen Verbesserungsbedarf des vorgelegten Entwurfes sieht.

„Ein Personalentwicklungskonzept, in welchem es nur darum geht, wie man geeignetes Führungspersonal findet und qualifiziert, wird dem Anspruch einer modernen Verwaltung nicht gerecht. Es muss auch darum gehen, neues Personal einzustellen, das vorhandene Personal zu halten und für ein zunehmend älteres Beschäftigtenklientel altersgerechte Arbeitsbedingungen zu schaffen. Wer sich diesem Anspruch nicht stellt, wird den Wettbewerb mit der freien Wirtschaft um gute Fachkräfte verlieren“, so **Pöschmann**. „Wichtige Aspekte, wie unter

anderem Altersteilzeit, Telearbeitsplätze, flexible Arbeitszeiten für die Verbindung von Familie und Beruf und die Berücksichtigung der verschiedenen Interessengruppen der Berufseinsteiger, der mitten im Berufsleben stehenden und der Gruppe der bald in den Ruhestand wechselnden Kolleginnen und Kollegen sind in dem derzeitigen Entwurf kaum noch vorhanden“, so **Gerhard Pöschmann**. „Hier ist ein deutlicher Bedarf der Nachbesserung notwendig.“

Die derzeitige Situation bei den sächsischen Rechtspflegern und im Strafvollzug legten die Landesvorsitzenden **Lars Beyer** und **René Selle** dar. „Im sächsischen Justizvollzug muss von dem Stellenabbau von 30 Stellen jährlich bis zum Jahr 2020 abgewichen werden. Die Sicherheit der Bevölkerung und die Gesundheit der im sächsischen Justizvollzug arbeitenden Kolleginnen und Kollegen wird mit dieser Personalreduzierung nicht mehr gewährleistet. Ein Gefangenenklientel, welches sich zunehmend durch erhöhte Gewaltbereitschaft und Drogenkonsum auszeichnet, kann nicht mehr durch immer weniger und älter werdende Bedienstete behandelt werden“, so **René Selle**.

Nach verschiedenen Ausführungen von **Willi Schmid** und **Dr. Leon Ross** zur derzeitigen Situation im Haushalt sicherte Justizminister **Sebastian Gemkow** zu, dass er die im Gespräch erörterten Schwerpunkte erkannt habe und sich dieser in seiner Rolle als Justizminister annehmen werde.

Mit der gegenseitigen Zusage, in Kontakt zu bleiben und zukünftige Gespräche fachspezifisch weiterführen zu wollen, wurde diese erste Gesprächsrunde beendet.

René Selle



Teilnehmer der Gesprächsrunde im Sächsischen Staatsministerium.

Foto: BSBD Sachsen

Novellierung des Sächsischen Personalvertretungsgesetzes

Im Vorfeld stand eine Befragung der Mitgliedsgewerkschaften des SBB

Auf Grundlage der Absichtserklärungen im Koalitionsvertrag der sächsischen Regierungsfractionen finden derzeit Beratungen des Sächsischen Beamtenbundes (SBB) mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) zu Vorstellungen zur überfälligen Aktualisierung des Sächsischen Personalvertretungsgesetzes statt.

Hierzu wurden im Vorfeld die Mitgliedsgewerkschaften des SBB befragt, in welchen Bereichen des Gesetzes ein Änderungsbedarf gesehen wird.

Neben verschiedenen Anpassungen bei den Wahl- bzw. Wählbarkeitsregelungen und zu Schutzvorschriften für Personalratsmitglieder wird insbesondere bei den Freistellungsstaffelungen, Zuständigkeitsbereichen und den abgestuften Mitbestimmungstatbeständen Änderungsbedarf gesehen.

Es bleibt spannend zu beobachten, wie groß die Gesprächs- und Aktualisierungsbereitschaft zum Personalvertretungsgesetz bei den Parlamentariern des Freistaates Sachsen ist und ob eine Novellierung des Gesetzes noch vor den

Neuwahlen der Mitarbeitervertretungen im Jahr 2016 möglich wird.

Alle an der Mitgestaltung der bestehenden Beschäftigungs- und Dienstverhältnisse Interessierten seien ausdrücklich ermuntert und aufgerufen, ihre Bereitschaft zur Kandidatur bei den bevorstehenden Wahlen zu den Personalräten den Ortsverbandsvorsitzenden oder der BSBD-Landesleitung mitzuteilen!

Unzufriedenheit allein bringt keine Veränderungen; gefragt sind Diskussion, Argumentation und Engagement!

Ralf Neuhäuser

Engagierte Beschäftigte sind nicht zum Schnäppchenpreis zu bekommen

Dem Aufruf zum Warnstreik folgten Tausende Kolleginnen und Kollegen in Sachsen

Die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes in Sachsen haben lautstark Signale gesetzt. Über 18.000 Angestellte und Beamte folgten dem Ruf der Gewerkschaften! – Warnstreiks und Kundgebungen im Rahmen der aktuellen Einkommensrunde des öffentlichen Dienstes der Länder.

Faire und leistungsgerechte Entlohnung, bessere Chancen für Azubis, keine Einschnitte bei der betrieblichen Altersversorgung sowie eine neue Entgeltordnung für die Lehrkräfte und die Übertragung des Tarifabschlusses auf die Beamten – Das sind die wesentlichen Themen der heute in Sachsen durchgeführten Warnstreiks und Kundgebungen.

Eigentlich sollten Tarifverhandlungen auf Augenhöhe, mit dem Blick auf die Interessen der Beschäftigten und der Arbeitgeber, vor allem aber immer mit dem Ziel der Einigung geführt werden. In der aktuellen Einkommensrunde des öffentlichen Dienstes der Länder scheint dieses Ziel aus den Augen verloren zu sein. Äußerungen der Arbeitgeber, wie „absurde“ Forderungen oder „fehlender Realitätssinn“ führen natürlich bei den Gewerkschaften nicht zu Freudenbekundungen. „Wertschätzung der Beschäftigten sieht anders aus“, so

Gerhard Pöschmann, Vorsitzender des Sächsischen Beamtenbundes. „Die Verhandlungen haben bisher noch nicht einmal zu einem ernstgemeinten Angebot geführt, ganz im Gegenteil. Anstatt die Leistung der Kolleginnen und Kollegen auch monetär anzuerkennen, soll in der betrieblichen Altersversorgung gekürzt werden.“

Dem Aufruf der Gewerkschaften zum Warnstreik folgten deshalb Tausende Kolleginnen und Kollegen in Sachsen, vor allem Lehrerinnen und Lehrer. Viele weitere Beschäftigte, darunter auch viele Beamte, machten ihrem Unmut auf den Protestkundgebungen Luft. So nahmen in Dresden 8.000, in Chemnitz 5.300 und in Leipzig 5.000 Kolleginnen und Kollegen an den Protestzügen und zentralen Kundgebungen teil.

Öffentlicher Dienst, das ist der Garant für funktionierendes Staatswesen, so der Ruf der Massen! Die Vielfalt der Gewerkschaften und Verbände der Teilnehmerinnen und Teilnehmer zeigt auch die Vielfalt des öffentlichen Dienstes. Engagierte Beschäftigte sind jedoch nicht zum Schnäppchenpreis zu bekommen. Auch motivierter Nachwuchs ist ohne Entwicklungs- und Übernahmemechanismen nur eine Wunschvorstellung. Deshalb sind die Forderungen der Gewerkschaften in

der aktuellen Tarifrunde berechtigt und vernünftig. Das haben die über 18.000 Angestellten und Beamte auf den Kundgebungen in Sachsen deutlich gemacht. Bleibt zu hoffen, dass die Tarifgemeinschaft der Länder das Signal verstanden hat. Die dritte Verhandlungsrunde steht vor der Tür. Die Forderung nach 5,5 Prozent mehr Einkommen, mindestens aber 175 Euro für alle, steht. Ebenso klar sind die Forderungen der Gewerkschaften zum Umgang mit Auszubildenden und zur Entgeltordnung der Lehrer. Klar für uns ist auch die Notwendigkeit einer anschließende zeit- und inhaltsgleichen Übernahme des Ergebnisses auf den Beamtenbereich.

„Eigentlich kann unseren Forderungen in Sachsen ja nichts entgegenstehen“, so noch einmal **Gerhard Pöschmann**. „Wie zu lesen war, hat sich ja auch die Regierungskoalition auf eine rasche Erhöhung der Abgeordnetenvergütung im Sächsischen Landtag geeinigt. Damit haben auch die Damen und Herren Abgeordneten ein richtiges und wichtiges Zeichen in der aktuellen Einkommensrunde gesetzt. **Gute Arbeit hat eben ihren Preis. Das ist richtig so und wird nun, dem Beispiel folgend, ganz bestimmt auch für den öffentlichen Dienst der Länder anerkannt werden.**“

SBB für leistungsfähigen und attraktiven öffentlichen Dienst

Stetiger Dialog mit Vertretern der Sächsischen Staatsregierung

Wer einen leistungsfähigen öffentlichen Dienst in Sachsen will, darf die Interessen seiner Beamten und Arbeitnehmer nicht vergessen. Veränderungsprozesse brauchen Transparenz und Teilhabe.

Die Sächsische Staatsregierung hat in ihrem Koalitionsvertrag festgelegt, dass eine Kommission bis 2016 zu Fragen der künftigen Personal- und Sachausstattung des öffentlichen Dienstes Vorschläge erarbeiten soll.

Mögliche Konsequenzen für den Behördenaufbau und die Struktur der Landesverwaltung sollen erarbeitet werden. Eine weitere Aufgabe aus dem Koalitionsvertrag ist die Erarbeitung eines modernen Personalvertretungsgesetzes bis 2016.

Ebenso auf der Agenda stehen die im neuen Dienstrecht geforderten Personal-

entwicklungskonzepte, für welche die Staatsregierung einen übergreifenden Rahmen schaffen will.

Die Landesleitung des **SBB Beamtenbund und Tarifunion Sachsen** ist deshalb beharrlich in ihrem Anliegen, sich bei Politik und Verwaltung für einen leistungsfähigen, aber auch attraktiven öffentlichen Dienst in Sachsen zu artikulieren. Dieser Anspruch kann aber nur gemeinsam – mit den Beamten und Angestellten dieses Bereiches und seinen Interessenvertretungen – umgesetzt werden.

So trafen am 9. Februar 2015 Vertreter der Landesleitung des **SBB** mit dem Staatsminister und Chef der Staatskanzlei **Dr. Fritz Jaeckel** und dem Abteilungsleiter 1 **Thomas Popp** zu einem Gespräch zusammen.

Am 10. Februar 2015 fand eine Besprechung mit dem Staatsminister **Mar-**

tin Dulig sowie dem Staatssekretär im SMWA **Stefan Brangs** statt. „Den **SBB** interessiert besonders, wie in den genannten Prozessen die letztlich Betroffenen, unsere Beamten und Angestellten der öffentlichen Verwaltung, beteiligt werden sollen“, so **Gerhard Pöschmann**, Landesvorsitzender des Sächsischen Beamtenbundes. „Es geht um moderne, zukunftsfähige Lösungen, die nicht von Sparzwängen sondern aus dem Blickwinkel der Aufgabenerledigung gemeinsam entwickelt werden müssen.“

Der Beamtenbund hat deshalb die Prozesse nicht nur hinterfragt, sondern auch Vorschläge eingebracht und eigenen Sachverstand angeboten. „Das Angebot steht“, so **Gerhard Pöschmann**. „Wir stellen uns den aktuellen Herausforderungen und wollen uns aktiv einbringen. Tragfähige Lösungen finden sich nur gemeinsam!“ *Nannette Seidler*

„Anspruch auf sachgerechte Bezahlung!“

Vertreter der sächsischen Landesgewerkschaften treffen sich in Dresden

Im Rahmen einer Tagung trafen sich am Mittwoch, den 4. März 2015 die Vertreter der Gewerkschaften des SBB zu einer Arbeitstagung. Neben dem Tätigkeitsbericht der Landesleitung des Sächsischen Beamtenbundes wurden aktuelle Informationen ausgetauscht.

Der Sächsische Beamtenbund sieht gegenwärtig als einen Hauptschwerpunkt der Arbeit den Stopp des Stellenabbaus in der öffentlichen Verwaltung. Stellenabbau kann nur einhergehen mit Aufgabenkritik.

Der Staat muss sich entscheiden, welche Leistungen er dem Bürger künftig anbieten will und muss. Der Bürger muss im Gegenzug allerdings auch klarmachen, was er vom Staat erwartet. Vom Verband der Lebensmittelkontrolleure wurde dies anschaulich dargelegt. Gerade im Hinblick auf immer neue Lebensmittelskandale werden immer neue Vorschriften erlassen ohne sich um für die Umsetzung erforderliche Personal zu kümmern.

Ein erster Erfolg der Bemühungen der Gewerkschaft zeigt sich in der Einsicht



der Landesregierung, dass der ursprünglich angestrebte Stellenabbau auf 70.000 Stellen unrealistisch ist und nicht mehr verfolgt werden soll.

Als Gast der Veranstaltung trat MdL Jens Michel (CDU), Mitglied im Haushaltsausschuss, auf. Er erläuterte in Grundzügen den neuen Doppelhaushalt. Der Freistaat verzeichnet steigende Steuereinnahmen bei sinkenden Zuschüssen. Das Haushaltevolumen beläuft sich auf 17,5 Mrd. Euro. Infolge der auslaufenden Zuschüsse aus dem Länderfinanzausgleich wird künftig die Rücklage von derzeit 982 Mio Euro bis 2018 auf 161 Mio Euro sinken.

Bezüglich der laufenden Tarifverhandlungen und der Übernahme des Ergeb-

nisses auf die Beamten machte Michel keine Zusagen.

Schließlich habe man beim letzten Tarifabschluss sehr großzügig alles übertragen, wenn auch zeitlich gestaffelt. Der CDU-Politiker beklagte sich, dass die Beamten dies nicht gewürdigt hätten und weiterhin auf Zahlung des Weihnachtsgeldes pochten. Seitens der Gewerkschaftsvertreter wurde deutlich gemacht, dass Beamte keine Almosenempfänger sind und einen Anspruch auf sachgerechte Bezahlung haben. Schon jetzt klafft die Schere zwischen Bund und Kommunen und den Landesbeamten weit auseinander. Dieses ist nicht länger hinnehmbar. Letztendlich sorgen Beamte für die Stabilität des Rechtssystems und machen Sachsen zu einem zuverlässigen Partner für Investoren, die der Freistaat dringend braucht.

Die Problematik der Stellensituation ist der Politik bewusst

Am Rande der Tagung konnte der BSBD ein Gespräch mit MdL Michel zur Problematik des Justizvollzuges führen. Hinsichtlich der Stellensituation zeigten sich erste Erfolge. Die Problematik ist der Politik sehr wohl bewusst geworden. Verbesserungen wurden zeitnah in Aussicht gestellt.

Hinsichtlich der geplanten Baumaßnahmen in Zwickau und Torgau halte das Finanzministerium an den Vorhaben fest. Hier gäbe es keine Änderungsoptionen.

Informationen zu geplanten Arbeitskämpf-

maßnahmen rundeten die Veranstaltung ab. Bisher haben die Arbeitgeber keine akzeptablen Angebote gemacht. Die sächsischen Lehrer sind entschlossen, die berechtigten Forderungen auch im Wege von Streiks durchzusetzen.

Die Unterstützung der Beamten- und Lehrer- und Gewerkschaften bei zentralen Veranstaltungen wurde als wichtiger Bestandteil der Aktionen gesehen. Schließlich geht es auch um unsere Interessen. Dazu ruft die Landesleitung alle Kollegen auf. Der BSBD wird auch weiterhin in den wichtigen Gremien präsent sein und den Kontakt zu den politischen Entscheidungsträgern aufrechterhalten.

Renato Lüpke

Stellvertretender Landesvorsitzender

Impressum

62. Jahrgang

DER VOLLZUGSDIENST (VollzD)

Zeitschrift des Bundes der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands (BSBD)

HERAUSGEBER UND VERLAG

Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands (BSBD)

SCHRIFT- U. VERLAGSLEITUNG, ANZEIGENVERWALTUNG

Burghard Neumann,

Grüne Aue 19 a

14776 Brandenburg an der Havel

Telefon: 0 33 81 / 66 03 24

Mobil: 01 60 / 5 08 80 87

E-Mail: vollzugsdienst@t-online.de

Gerichtsstand und Erfüllungsort: 14776 Brandenburg an der Havel.

ERSCHEINUNGSWEISE

Der Vollzugsdienst (VollzD)

erscheint alle zwei Monate (Nr. 4/5 als Doppelnummer) und wird den Mitgliedern des Bundes der Strafvollzugsbediensteten über die Ortsverbände oder Einzelmitgliedern im Postversand zugestellt.

Der Verkaufspreis ist durch den Mitgliedsbeitrag abgegolten. An Gefangene wird die Zeitschrift nicht abgegeben.

Die mit den Namen oder den Initialen des Verfassers gekennzeichneten Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers oder der Schriftleitung dar.

Für die Rubrik „Landesverbände“ sind die jeweiligen Landesvorsitzenden verantwortlich.

Unverlangt eingesandte Manuskripte werden im Falle der Nichtannahme zurückgesandt, wenn Rückporto beigefügt ist.

Alle Rechte vorbehalten.

Nachdruck – auch auszugsweise – nur mit Genehmigung der Schriftleitung.

Bei Nichterscheinen infolge höherer Gewalt kein Entschädigungsanspruch.

GESAMTHERSTELLUNG

Die MedienPartner GmbH

Industriehof 6,
Gebäude H,
77933 Lahr

Telefon 0 78 21 / 94 99 25

E-Mail: loeffel@die-medienpartner.de